

DEJAN PERC

SO VIELFÄLTIG WIE DU.

AN JUNG UND ALT

S. 3

SOZIAL GERECHT

S. 4

KLIMASCHUTZ

S. 5

STADTBEZIRKE

S. 6

KINDERSPASS

S. 12

SO
VIELFÄLTIG
WIE DU

SPD Soziale
Politik für
Dich.

VORWORT



Liebe Stuttgarterinnen und Stuttgarter,

am 26. September steht die Bundestagswahl an und damit die Entscheidung, in welche Richtung die Politik für die kommenden vier Jahre steuern soll. Politik ist nichts Fernes und Abstraktes. Dabei geht es um ganz viele Dinge, die uns im Alltag begegnen und vielleicht Probleme machen: Sorge um den Arbeitsplatz, die Pflege von Angehörigen, die Rente usw. Damit gute Politik gemacht wird, braucht es Leute im Parlament, die die Sorgen und Nöte der Leute kennen – die nicht schon seit Jahrzehnten oder gar ihr ganzes Berufsleben nur Politik gemacht haben.

Stuttgart hat eine sehr vielfältige Bevölkerung, Stuttgart ist bunt und weltoffen. Die Menschen, die als sogenannte Gastarbeiter zu uns kamen, haben mitgeholfen, Stuttgart zu einem wirtschaftlich starken Faktor in der Metropolregion zu machen. Ich bin überzeugt davon, dass auch diese Vielfalt in den Bundestag gehört.

Ich bin Kind besagter Gastarbeitergeneration. Mein weiterer Bildungsweg begann an der Hauptschule. Durch viel Fleiß und die Unterstützung einiger Lehrer ging es dann über die Realschule bis zum Abitur; anschließend schloss ich ein Studium der Kommunikationswissenschaft ab. Den meisten Kindern und Jugendlichen mit familiärer Einwanderungsgeschichte oder ohne akademisches Elternhaus bleibt der Weg zum Studium allerdings verwehrt. Wir brauchen faire und kostenlose Bildung von der Kita bis zum Beruf. Aktuell hängen schulische Leistungen oft sowohl von der Unterstützung durch die Eltern beim Lernen als auch von der Finanzierung von Nachhilfeangeboten ab. Man darf die Bildung der Kinder nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft der Eltern abhängig machen. Herkunft ist für die Identität eines Menschen sehr wichtig, sie darf aber nicht über dessen Zukunftschancen entscheiden.

Es gibt in unserer Gesellschaft ganz unterschiedliche Lebensentwürfe. Nicht für alle passt die klassische Ehe, dennoch wollen Menschen Verantwortung auf Dauer füreinander übernehmen und evtl. auch eine Familie gründen. Ich finde, dass der Staat alle Formen unterstützen sollte, in denen die gemeinsame Sorge und das gegenseitige Einstehen füreinander gewollt ist. Familie ist für mich da, wo Kinder sind. Ich selbst habe dank der »Ehe für alle« meinen Partner heiraten können und wir ziehen eine wunderbare gemeinsame Tochter groß. Auch das ist Stuttgarter Vielfalt, auch das ist Stuttgarter Realität. Ich bin stolz, in einer so bunten und spannenden Stadt zu leben, und möchte gerne diese Vielfalt in Berlin vertreten. Daher kandidiere ich für den Deutschen Bundestag.



Liebe Stuttgarterinnen und Stuttgarter, auf den nachfolgenden Seiten finden Sie zu vielen wichtigen Themen meine Positionen. Ich lade Sie ein, mich, meine Überzeugungen und die Werte, die mein Handeln leiten, kennenzulernen. Ich möchte mich gerne für Sie und Ihre Themen und für ein starkes Stuttgart in Berlin einsetzen und bitte Sie dafür am 26. September um Ihre Unterstützung.

Herzliche Grüße

Dejan Perc

»Es gibt viele gute Gründe, für den Bundestag zu kandidieren. Ich kandidiere, weil ich möchte, dass wir ein besseres Leben führen können. Weil Vielfalt die neue Normalität ist – so vielfältig wie du!«



FÜR DIE JÜNGEREN UND JUNGGBLIEBENEN: WÄHLEN GEHEN FOR FUTURE

Die letzten anderthalb Jahre waren hart für viele von uns – ihr seid da keine Ausnahme. Weniger Leute treffen, alles, was Spaß macht, hatte zu, Sportplatz gesperrt, Lernen oder Studieren nur über Videocalls, keine Reisen, keine Abschlussfeiern. Um das wiedergutzumachen, wollen wir jetzt richtig reinhauen: Für sichere Ausbildungsplätze und gute Arbeitsbedingungen, Klimaschutz ohne Wenn und Aber, und dafür, dass alle die gleichen Chancen haben, egal wo sie herkommen oder wie viel Geld sie haben.

Wir, das sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, und ich, Dejan Perc, dein Kandidat für die Bundestagswahl am 26. September 2021. Wir tragen »sozial« im Namen, weil wir eine gute Zukunft wollen für alle, nicht nur für die Reichen. Deshalb kämpfen wir um 12 Euro Mindestlohn. Deshalb haben wir mit dem Kurzarbeitergeld während Corona 2,2 Millionen Jobs gerettet – vielleicht ja sogar deinen oder den deiner Eltern oder Freund:innen. Soziale Politik für dich heißt aber auch, dass wir endlich richtig in den Klimaschutz investieren und Wohnen bezahlbar sein soll. Für dich kämpfen wir gegen jeden Rassismus und Diskriminierung, für Frauenrechte und die Rechte von queeren Menschen.

Alle, die wählen gehen, bestimmen die Zukunft. Gerade sind das vor allem ältere, konservative Menschen – viele von ihnen wollen, dass alles so

bleibt wie es ist. Außerdem mobilisieren rechte Hetzer viele Leute. Wir wollen aber ein Land, in dem alle, egal wie sie aussehen, wen sie lieben, an was sie glauben, Respekt bekommen und wissen, dass sie dazugehören. Die SPD ist deine Stimme gegen rechts, und das schon seit über 150 Jahren.

Wir wollen allen Jugendlichen in Deutschland einen Ausbildungsplatz garantieren. Ausbildung und Studium sind noch zu oft eine Geldfrage. Deshalb verbessern wir die finanziellen Hilfen mit einem neuen Kindergeld und einfacherem BAföG. Wir machen den Ausbau von schnellem Internet verpflichtend, damit »kein Netz haben« kein Thema mehr ist. Wir wollen Klimaschutz, jetzt. Nicht nur, um Unwetter und Umweltschäden zu verhindern, sondern weil nur Klimaschutz unsere Wirtschaft am Laufen halten kann.

Wenn deine Zukunft sozial, digital und klimaneutral sein soll, heißt deine Erststimme Dejan Perc und deine Zweitstimme SPD.

FÜR DIE ÄLTEREN UND ERFAHRENEN: AUS RESPEKT VOR UNSERER ZUKUNFT

In den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts entscheidet sich, welche Rolle Deutschland und Europa in der Welt spielen werden. Mit unseren Zukunftsmissionen und Olaf Scholz im Kanzleramt werden wir jetzt die Schalter umlegen – für die Zukunft unserer Kinder, unserer Enkel, der Menschen, die jetzt auf sichere Arbeit und eine gute Ausbildung hoffen oder vom Verreisen, von Familie oder der bezahlbaren Eigentumswohnung träumen.

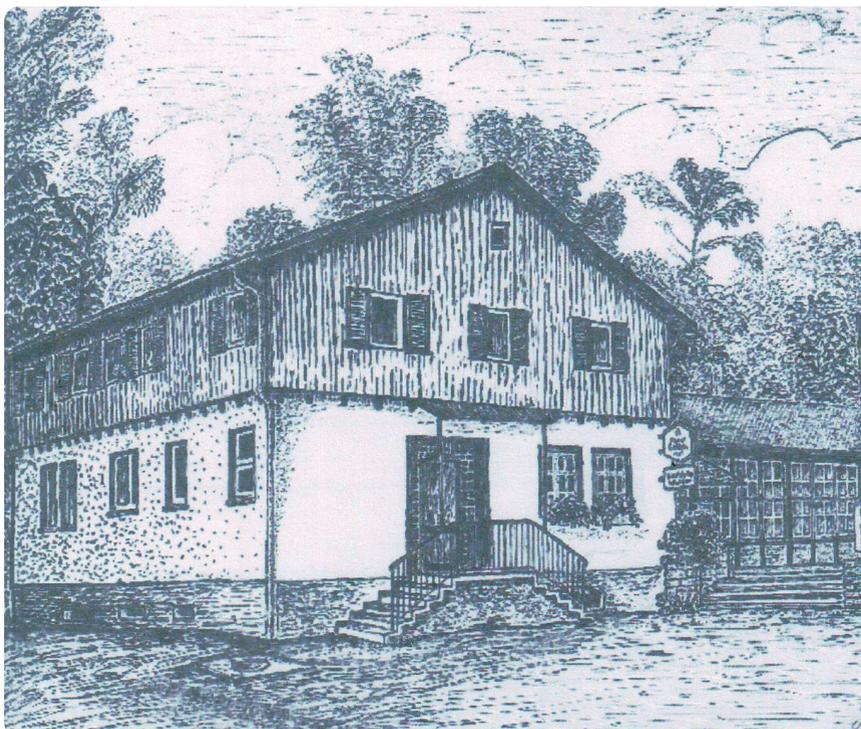
Für Respekt und Würde im Alter haben wir bereits viel erkämpft: Wir haben gegen die CDU die Grundrente durchgesetzt und werden das Rentenniveau auch in Zukunft stabil halten. Aber Lebensleistungen lassen sich nicht ausschließlich in Geld aufwiegen. Ebenso gehören verlässlich gute Pflege und eine altersgerechte Infrastruktur, auch im ländlichen Raum, zu einem wohlverdienten Lebensabend. Dafür bauen wir in Deutschland das modernste Mobilitätssystem Europas und führen die Bürgerversicherung ein – für solidarische, hochmoderne medizinische Versorgung und Pflege.

Wir finden: Deutschland muss bis 2045 klimaneutral werden. Auf dem Weg dahin erhalten wir nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unsere innovative Wirtschaft und unseren Wohlstand, gerade hier in Baden-Württemberg, und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Respekt für die Arbeits-

leistung von allen Menschen treibt uns an, für höhere Löhne durch 12 € Mindestlohn zu sorgen. Aus Respekt vor den Leistungen aller Familien in dieser Pandemie wollen wir diese noch weiter entlasten. Wir wollen gute und gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister und Master. Mit dem neuen Kindergeld soll kein Kind in Deutschland mehr arm sein – weder an Geld noch an Chancen.

Unsere Zukunftsmissionen sind ambitioniert – aber notwendig. Und machbar. Vor allem, weil wir mit Olaf Scholz einen erfahrenen, kompetenten Kanzlerkandidaten haben, der nicht nur während der Pandemie bewiesen hat, dass er mit Weitsicht und Kompetenz zukunftsweisend und entschlossen handelt. Das Kurzarbeitergeld rettete 2,2 Mio. deutsche Arbeitsplätze, das europäische Corona-Konjunkturpaket ist jetzt schon eine historische Investition in die Zukunft. Auch Ihre Stimme für mich, Dejan Perc und die SPD bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 ist eine Investition in die Zukunft.

Ihre Stimme für eine sozial- und klimagerechte Zukunft.



Kommen Sie ins Waldheim Zuffenhausen mit dem einzigen Waldklettergarten in Stuttgart.

Erholen Sie sich danach bei schwäbischer und türkischer Küche in der Gaststätte Waldheim.

Hirschsprungallee 5, 70435 Stuttgart
Info & Bestellung 0711/822148
gaststaette-waldheim@gmx.de
0152 / 23 86 62 93
info@waldklettergarten-stuttgart.de

DEJAN PERC: SOZIALE GERECHTIGKEIT LEBEN

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Nach unserem Grundgesetz sind alle Menschen gleichberechtigt. Wer aber meint, damit sei soziale Gerechtigkeit schon eingeführt und erledigt, der irrt – es gibt noch viel zu tun.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und dieses mitzugestalten. Soziale Gerechtigkeit bedeutet auch, dass jede:r Zugang zu guter Bildung erhält und einer ausreichend vergüteten Arbeit nachgehen kann – unabhängig vom Geschlecht, der Sexualität, der Religionszugehörigkeit oder der Ethnie.

Auch wenn wir die letzten Jahrzehnte Fortschritte verzeichnen durften, ist Deutschland noch weit vom Gleichstellungsideal des Grundgesetzes entfernt: Kinder aus Akademiker:innenhaushalten nehmen fast dreimal so häufig ein Universitätsstudium auf wie Kinder aus nicht-akademischen Haushalten. Noch immer verdienen Frauen rund 21 % weniger als Männer und noch immer sind soziale Berufe schlechter bezahlt als andere Berufe. Die Arbeitswelt ist von einer zunehmenden Flexibilisierung betroffen und Auszubildende leiden unter der Aneinanderreihung befristeter Arbeitsverhältnisse.

Gut Aufwachsen

Die Belastungen sogenannter Geringverdiener:innen-Familien führen dazu, dass ganze Bevölkerungsgruppen keine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe haben: Wer andauernd damit beschäftigt ist, die eigene Familie durchzubringen oder sich den nächsten befristeten Job zu angeln, hat kaum Zeit, sich gesellschaftlich einzubringen. Gut Aufwachsen geht anders. Wir treten deshalb vor allem für die Förderung sozial benachteiligter Gruppen ein, insbesondere im Rahmen der Kindergrundsicherung. Dazu gehört auch die Auszahlung eines Kindergeldes, das dem höheren Bedarf sozial benachteiligter Familien gerecht wird.

Gutes Leben im Alter

Respekt vor der Würde aller Bürger:innen heißt für mich auch, dass alle ein Recht auf eine sichere Rente und gute Pflege im Alter haben. Für alle Erwerbstätigen muss eine gute und verlässliche Rente nach vielen Arbeitsjahren sicher sein. Es geht um Respekt und Wertschätzung der Arbeit und darum, sich mit eigener Arbeit eine gute eigenständige Absicherung im Alter zu schaffen und von dem erworbenen Lebensstandard nicht erheblich einzubüßen. Wir wollen daher die gesetzliche Rente stärken und für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent eintreten. Dazu gehört auch eine geschlechtergerechte Rente. Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten bei den Renten müssen zukünftig gerechter behandelt werden. Langjährige Pflege von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern dürfen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und die eigene Altersarmut bedeuten. Hier brauchen wir mehr Solidarität und Respekt vor dieser schweren Aufgabe.

Mietwucher unterbinden

Ein Dach über den Kopf zu haben ist ein wesentlicher Teil von Teilhabe. Für uns als SPD ist Wohnen eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Wohnung zu finden wird in vielen Lagen zu einer immer größeren Herausforderung – selbst mit mittlerem Einkommen. Wir wollen daher bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Dazu sollen alle Beteiligten an einen Tisch gebracht werden. In angespannten Wohnlagen soll zusätzlich ein zeitlich befristetes Mietmoratorium eingeführt werden, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Mietwucher werden wir wirksam unterbinden. Bodenpolitik muss sich wieder stärker am Gemeinwohl orientieren. Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen.

Inklusive Gesellschaft

Häufig werden körperlich benachteiligte Menschen vergessen: Der durchschnittliche Monatsverdienst in einer Behindertenwerkstatt liegt bei gerade mal 207 Euro. Damit ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und das Recht auf gute Arbeit nicht einmal annähernd gesichert. Das gesellschaftliche Leben muss inklusiv gestaltet werden – sowohl auf dem Arbeits- als auch dem Wohnungsmarkt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir besonders die Kommunen unterstützen.

Gleichwertige Bildungschancen

Entscheidend für soziale Gerechtigkeit ist auch das Recht auf Integration in unsere Gesellschaft: 37 % der Kinder in Deutschland haben eine familiäre Einwanderungsgeschichte. Dennoch gehören Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig zu den Geringverdiener:innen. Bezahlbarer Wohnraum und gleichwertige Bildungschancen sind deshalb unabdingbar. Viele Menschen mit Migrationshintergrund erleben noch immer Diskriminierung in Bezug auf den Zugang zu höherer Bildung. Meistens kommt es dabei zu einer Häufung von sozialen Ungerechtigkeiten, wie folgendes Beispiel eindrucksvoll belegt: Sarah Ojikutu ist 21 Jahre jung und hat einen nigerianischen Migrationshintergrund.

»Es müssen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, dass Politiker:innen mit Migrant:innen ins Gespräch kommen. Ziel ist eine vielfältige Gesellschaft, in der wir gut miteinander leben können und uns gegenseitig Respekt entgegenbringen.«

Gökay Sofuoglu, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschland, im Live-Talk mit Dejan Perc

Sie wurde von ihrer alleinerziehenden Mutter aufgezogen und pflegte drei Jahre lang ihre Großmutter. In dieser Zeit konnte sie sich erfolgreich für ein Studium in Cambridge qualifizieren. Doch nach dem Brexit ist ein Auslands-BAföG für Großbritannien nicht mehr möglich. Sozial benachteiligten jungen Menschen darf der Zugang generell und bei höherer Bildung im Speziellen nicht aus finanziellen Gründen versperrt bleiben. Das ist insbesondere wichtig, weil ein Abschluss an teuren Auslandsuniversitäten oder unbezahlte Auslandspraktika eine unausgesprochene Voraussetzung für die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger:innen von morgen sind.

Arbeitsverbote abschaffen

Doch Integration betrifft nicht nur die Kinder von Menschen, die vor längerer Zeit zu uns gekommen sind. Auch neu zu uns gestoßene Asylbewerber:innen brauchen mehr Chancen: Ist ein Asylverfahren noch nicht abgeschlossen, dürfen diese Menschen den Umkreis des zuständigen Amtes nicht verlassen. Da die Asylheime oft in schlecht angebundenen Regionen liegen, können diese Menschen häufig keiner regulären Beschäftigung nachgehen. Diese Einschränkungen machen nicht nur krank, sondern verhindern auch erste Integrations Schritte. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass Arbeitsverbote abgeschafft werden. Alle Menschen, die zu uns kommen, sollen unmittelbaren Zugang zu Sprach- und Integrationskursen erhalten und einer Beschäftigung nachgehen können. In Kombination mit der Anerkennung von wertvollen Qualifikationen aus dem Ausland legen wir so den Grundstein für eine gelingende Integration.

»Das alles bedeutet für mich soziale Gerechtigkeit. Deshalb braucht es eine starke SPD im Bundestag.«

DEJAN PERC: KLIMASCHUTZ UND SOZIALE GERECHTIGKEIT VERBINDEN

Der Klimawandel ist eine Menschheitsaufgabe und schon lange nicht mehr nur das Thema einer Partei. Waren die Auswirkungen des Klimawandels für viele noch sehr weit weg, hat sich das spätestens mit der Flutkatastrophe und vielen Toten in Deutschland im Juli 2021 geändert: Die Folgen des Klimawandels sind plötzlich ganz nah, auch unsere Familien und Häuser sind betroffen. In den letzten Jahren brannte in Kalifornien eine Waldfläche in der Größe der Hälfte Baden-Württembergs ab. In Australien kann die Feuerwehr 2/3 eines ganzen Jahres Buschbrände nicht löschen und die Arktis schmilzt stetig weiter. Jede:r spürt und fühlt den Klimawandel. Jede:r weiß, dass gehandelt werden muss. Doch viele haben Angst, den hart erarbeiteten Wohlstand durch Verbote zu verlieren. Was, wenn man die Bedrohung aber als Chance sieht, über sich selbst hinauszuwachsen?

Für mich ist Klimaschutz kein neues Thema. Wir haben uns als SPD deshalb das Ziel gesetzt, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen. Damit handeln wir im Sinne des Pariser Klimaabkommens und haben dieses mit dem Klimaschutzgesetz bereits in einen konkreten Fahrplan gegossen. Wir müssen die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius begrenzen. Spätestens 2045 werden wir klimaneutral wirtschaften. Windkraft und Sonne sind unsere Energiequellen, unterstützt durch eine saubere Wasserstoffwirtschaft. Öffentliche Gebäude, Schulen und Supermärkte sollen Solarstrom beziehen und klimafreundliches Unternehmertum wird finanziell belohnt. Unternehmen sollen perspektivisch berichten müssen, welche Risiken ihre Tätigkeit für die Gesellschaft hat, so dass die Finanz- und Kapitalmärkte soziale und nachhaltige Unternehmen belohnen können. Wir sehen in dieser Jahrhundertaufgabe riesige Potenziale und eine hohe Dynamik für Stuttgart. Wir wollen die ökologische Transformation zu einem »Jobmotor« machen, indem wir die Industrie in Stuttgart bei diesen Prozessen begleiten und neue, sichere und gut bezahlte Jobs schaffen. Klimaschutz ist für uns in Stuttgart nicht nur eine ökologische und technische, sondern auch eine soziale Herausforderung. So habe ich mit der SPD eine klare Vision vor Augen: Leben, Arbeiten und Wirtschaften hat spätestens 2045 keine negativen Auswirkungen mehr auf unser Klima. Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann vollständig auf erneuerbaren Energien und auch unsere Gebäude werden effizient mit erneuerbaren Ener-

gien beheizt. Die Stuttgarter Industrie nutzt die Digitalisierung und ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO2-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht. Auch beim Ausbau der Infrastruktur in Form von Ladesäulen für Elektroautos, Wasserstoffleitungen, Bahnstrecken und Stromnetzen, aber auch bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen müssen wir an Tempo zulegen.

»Bei der Klimapolitik kann der Bürger:innenrat über den Beratungsprozess einen breiten Konsens erzielen und so die parlamentarische Demokratie unterstützen.«

Silke Johandeiter und Wolfgang Olbrich vom BürgerInnenrat Stuttgart, im Gespräch mit Dejan Perc

Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass alle Bürger:innen bei diesen großen Transformationsprozessen mitgenommen werden. Die Kosten dürfen nicht allein von denen getragen werden, die über ein niedriges Einkommen verfügen. Deswegen unterstützen wir auch die Entwicklungen von Bürger:innenräten, die als Mediator zwischen Politik und Gesellschaft eintreten können. Wir werden es uns zur Aufgabe machen, neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an staatlichen Entscheidungen zu gehen. Die Expertise der Menschen einzubeziehen, verbessert die Qualität der Entscheidungen, reduziert Kosten und erhöht die Akzeptanz.

Klar ist: Nur die SPD versteht den Klimaschutz auch als echte Chance für soziale Gerechtigkeit und stellt soziale Herausforderung in den Mittelpunkt.



DER BLICK IN DIE STADTBEZIRKE



BAD CANNSTATT

Wie sozialdemokratische Politik aus Berlin auch in Bad Cannstatt wirkt



»Bad Cannstatt – Der Hallschlag: Früher sozialer Brennpunkt, heute ein Stadtviertel im Aufbruch. 2007 startete das Projekt die Soziale Stadt – Zukunft Hallschlag«, so eine Schlagzeile der Stuttgarter Zeitung. Die Programmstrategie »Soziale Stadt« wurde im Cannstatter Hallschlag umgesetzt und dabei mit 14,9 Mio. Euro gefördert. Weitere 530.000 Euro aus dem Investitionspakt »Soziale Integration im Quartier« wurden für die Schaffung von Räumen

der mobilen Jugendarbeit eingebracht. Als wesentliche Aufgabe sieht die SPD, Städte und Gemeinden in der Bereitstellung von Wohnraum zu unterstützen; Zugang zu sozialen und kulturellen Infrastrukturen zu schaffen, bezahlbare, bedarfsgerechte und energieeffiziente Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören qualitätsvolle öffentliche Räume, die Platz für Begegnung und Austausch der Bewohnerinnen und Bewohner schaffen. Der SPD im Bund war das von Anfang an ein Anliegen. So wurde bereits im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 1998 festgehalten, dass die Städtebauförderung mit dem Investitionspakt »Soziale Integration im Quartier« weiter zu unterstützen ist. So wirkt die sozialdemokratische Politik aus Berlin bei uns vor Ort in Cannstatt.

STAMMHEIM

Einen Koffer nach Berlin



Was haben der Bund und Stammheim miteinander zu tun? Gesetzesvorlagen und Verordnungen des Bundes betreffen uns alle! Mehrwertsteuer, Corona-Richtlinien, Kurzarbeit, Pflege, Straßen, Lärm, Umwelt. Unsere parlamentarische Demokratieform richtet die Rahmenbedingungen für unser tägliches Leben, sichert ab und unterstützt in bestimmten Alters- und Lebensphasen. Wir werden von Menschen vertreten, denen wir vertrauen müssen, die sich für

die Gesellschaft engagieren und nicht nach dem eigenen Vorteil suchen. So jemand ist für uns Dejan Perc, ständig bemüht für das Gemeinwohl im Gemeinderat und in der Partei. Deshalb haben wir ihm vor wenigen Tagen auf dem Freihofplatz einen Koffer nach Berlin übergeben - mit Wünschen und Anregungen der Stammheimer Bevölkerung.

STUTTGART-OST

Eine Seilbahn



Die Entwicklung vom autogerechten zum menschengerechten Stuttgart haben bislang weder grüne oder schwarze Oberbürgermeister noch die Landesregierung ernsthaft eingeleitet. Das wird besonders deutlich am Desinteresse für die Seilbahn im Stuttgarter Osten sichtbar. Was kam bisher? Mehr Stromladestellen verringern den Autoverkehr nicht. Wir brauchen bessere Angebote im ÖPNV statt immer mehr Individualverkehr. Für Stuttgart-Ost, das fordert die SPD schon lange, kann das nur heißen: Wir brauchen eine Seilbahn. Wie schließen wir sonst die Lücke zwischen Nord über den Schlossgarten bis nach Gablenberg, Plettenberg und der Waldebene-Ost? Berg und Tal in Stuttgart schreien geradezu nach einer Seilbahn. Aber Stadt und Land sind zögerlich. Deshalb richtet sich die Hoffnung auf den Bund. Berlin muss die Seilbahn in Stuttgart-Ost anstoßen.

UNTERTÜRKHEIM

Neue Impulse für Wohnungsbau, Bürger:innenversicherung und Altersvorsorge



Die SPD-Untertürkheim wünscht sich von der neuen Bundesregierung mit der SPD und Dejan Perc neue Impulse für den Wohnungsbau. Es werden dringend Wohnungen in allen Größen benötigt, selbstgenutzte Immobilien genauso wie Mietwohnungen zu sozial verträglichen Preisen. Es muss vermieden werden, dass die Gesellschaft im Hinblick auf das Grundrecht auf angemessenes Wohnen weiter auseinanderdriftet. Diese Gefahr des Auseinanderdriftens besteht allerdings auch in den Bereichen der Krankenversicherung und der Altersversorgung. So treten wir für eine qualitativ hochwertige Bürger:innenversicherung und eine Angleichung der Renten- und der Pensionsbezüge bei vergleichbarer Erwerbstätigkeit ein. Dabei soll niemandem das Recht verwehrt werden, sich freiwillig zusätzlich abzusichern. Aber eines muss auch klar sein: Bei allen politischen Entscheidungen müssen vermehrt die Jüngeren und deren Interessen berücksichtigt werden.

BOTNANG

Wenn Mietpreise die Heimat bestimmen



Ungeachtet der Mietpreisbremse steigen die Mieten in Großstädten unaufhörlich. In Botnang wohnen zu dürfen ist für viele, die schon lange hier leben, ein Luxus, der kaum mehr erschwinglich ist. Darunter leidet auch die Vielfalt im Stadtbezirk. Botnang würde von einer gerechten Wohnpolitik des Bundes profitieren. Fragen wie der Schutz von Mieter:innen, die sich nach einer Mieterhöhung die eigenen vier Wände nicht mehr leisten können, oder wie auch

Geringverdiener:innen in Großstädten eine Perspektive auf Eigentumsbildung und Altersvorsorge bekommen, bleiben unbeantwortet. Positive Nebeneffekte einer gelungenen Wohnpolitik sind eine bessere Integration und das Zusammenleben verschiedener Generationen. Davon profitieren letztlich alle, weil es Leben in den Stadtbezirk bringt.

FEUERBACH

Vielfältiges Stuttgart repräsentieren



Mit Dejan Perc haben wir einen Bundestagskandidaten, der das vielfältige Stuttgart glaubwürdig repräsentieren kann und sich für die Belange der Stuttgarterinnen und Stuttgarter einsetzt. Wir wünschen uns, dass unser Wahlkreis endlich wieder sozialdemokratisch im Bundestag vertreten wird. Soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen, gute Pflege, eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft und die Wertschätzung von Arbeit sind

wichtige Themen, von denen gerade wir Stuttgarterinnen und Stuttgarter profitieren können. Ein Abgeordneter, der in Berlin für diese Themen kämpft, wird unserem Stadtbezirk und der gesamten Stadt guttun!

WANGEN

Neckar-Schleusen ausbauen – Güter klimafreundlich transportieren



Um mehr Waren- und Gütertransporte weg von der Straße auf den Wasserweg zu bringen, ist es notwendig, die Schleusenbauwerke des Neckars entsprechend auszubauen. Die Pläne dafür gibt es schon lange und das Projekt ist auch in der langfristigen Verkehrswegeplanung des Bundes gelistet. Allein im Bundesverkehrsministerium fehlt es am nötigen Willen zur Umsetzung. Fakt ist, dass die produzierenden Firmen im Neckarraum die Transportkapazitäten

brauchen. Mit der Verlagerung von Transporten auf den Fluss können viele LKW-Fahrten vermieden werden und gleichzeitig zur Bekämpfung der Erderwärmung beigetragen werden. Wie bei so vielen anderen Themen muss endlich die Bremse gelöst und auf das Tempo gedrückt werden. Für die Modernisierung braucht es die Energie von Stuttgarter Sozialdemokrat:innen im Bundestag.

OBERTÜRKHEIM

Mobilitätswende auch an den Stadträndern



Der öffentliche Personennahverkehr soll im Zeitraum von 2010 bis 2030 in Stuttgart verdoppelt werden. Hier sind sich die demokratischen Parteien in unserer Stadt einig, beim »wie« scheiden sich jedoch die Geister. Das zeigt sich aktuell auch in Obertürkheim. Die örtliche SPD möchte einen Linienverkehr mit Kleinbussen von Uhlbach nach Rüdern und an den Wochenenden auch nach Rotenberg. Das wäre auch eine Entlastung des Such- und Parkverkehrs

an den Wochenenden. Besonders die Anwohner:innen in Rotenberg leiden darunter. Ein entsprechendes Konzept wird aktuell von der SSB ausgearbeitet und im Herbst dem Gemeinderat vorgelegt. CDU und FDP haben sich im Bezirksbeirat bereits dagegen in Stellung gebracht. Das ist sehr enttäuschend. Für die SPD ist klar, die Mobilitätswende erfordert einen ÖPNV-Ausbau auch in den weniger dicht bewohnten Lebensräumen. Hierzu braucht es Investitionsmittel vom Bund und dabei hilft eine SPD-geführte Bundesregierung.

MÜNSTER

Bessere Bildung für lebenslanges Lernen



In den letzten vier Jahren in der Bundesregierung wurde bildungspolitisch viel erreicht. Wir haben das Kooperationsverbot, das die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich massiv erschwert, aufgeweicht. Mit dem Digitalpakt Schule und dem Zukunftsvertrag »Studium und Lehre stärken« unterstützen wir die Länder dabei, bessere Bildung für lebenslanges Lernen flächendeckend möglich zu machen. Für diese Aufgabe brauchen wir in

allen Stadtbezirken mehr sozialdemokratischen Rückenwind aus dem Bund.

ZUFFENHAUSEN

Entlastung und Verkehrswende



Unser Stadtbezirk Zuffenhausen leidet ganz erheblich unter den trennenden Verkehrsachsen zwischen Bahn und B10/27. Deshalb brauchen wir dringend eine Entlastung von Lärm- und Abgasemissionen. Ein Langtunnel vom Knoten Friedrichswahl bis zum Bahnhof wird von der Mehrheit der Zuffenhauser Bürger:innen begrüßt. Wir wünschen uns eine Mitfinanzierung des Bundes für diese Planungsvariante. Die Fläche unter der abzureißenden bisherigen

Auffahrtsrampe könnte für Wohnbebauung genutzt werden.

Eine starke SPD im Bundestag kann die endgültige Streichung des Nord-Ost-Rings aus dem Bundesverkehrsplan erreichen. Wir brauchen ihn nicht – er zerstört nur Natur, wertvolle landwirtschaftliche Flächen und Erholungsraum. Klar ist, wir brauchen eine Verkehrswende. Damit diese nicht zu einer neuen sozialen Frage wird, ist eine Bundesförderung notwendig. Sie muss sozial verträglich gestaltet werden.

MÜHLHAUSEN

Mietenmoratorium



Im Bezirk Mühlhausen stehen viele Wohnbauprojekte an oder befinden sich schon in der Realisierung. Sei es am Julius-Brecht-Haus, am Schafhaus oder entlang der Balthasar-Neumann-Straße. Dennoch steigen die Mietpreise im Bezirk und in ganz Stuttgart immer stärker. Seit einigen Jahren gehört Stuttgart beim Wohnen zu den teuersten Städten Deutschlands und immer weniger Menschen können sich das Leben hier leisten. Mit Bauen allein kann dieser

Trend nicht gestoppt werden! Deshalb brauchen wir ein zeitlich befristetes Mietenmoratorium, in dem Mieten maximal um die Inflationsrate erhöht werden dürfen. Diese Zeit muss zum Bau bezahlbarer Wohnungen genutzt werden. Die SPD setzt sich in Stuttgart für bezahlbare Wohnungen ein. Um das zu schaffen, braucht es aber auch eine starke SPD mit Dejan Perc im Bundestag.

WEILIMDORF

Respekt



Für die SPD Weilimdorf ist Respekt ein zentraler Begriff für eine soziale Gesellschaft. Das Wahlprogramm fasst unsere Grundeinstellung toll zusammen: »Respekt vor der Würde aller Bürger:innen heißt für uns, dass alle ein Recht auf gleiche Verwirklichungschancen und ein sicheres Leben haben. Eine Wohnung, ein Kita-Platz, Zugang zu kostenloser Bildung, Mobilität, Kultur, Sport, einen schnellen Internetanschluss, Zugang zum Wissen dieser Welt,

verlässliche digitale Dienste für eine aktive Zivilgesellschaft, Gesundheitsversorgung, Mitbestimmung im Arbeitsleben, eine sichere Rente, gute Pflege im Alter, das sind für uns soziale Grundrechte und die Voraussetzungen für die Stabilität von Familie und Gesellschaft.« Dejan Perc steht für diesen Respekt. Weilimdorf braucht wieder einen SPD-Bundestagsabgeordneten.

Sonntagsbrunch

Wir bieten Ihnen bei gemütlicher Familienatmosphäre für nur 12,90 €/Person jeden Sonntag von 10:00 bis 14:00 Uhr ein reichhaltiges Brunch-Büffet mitten im Wald an.

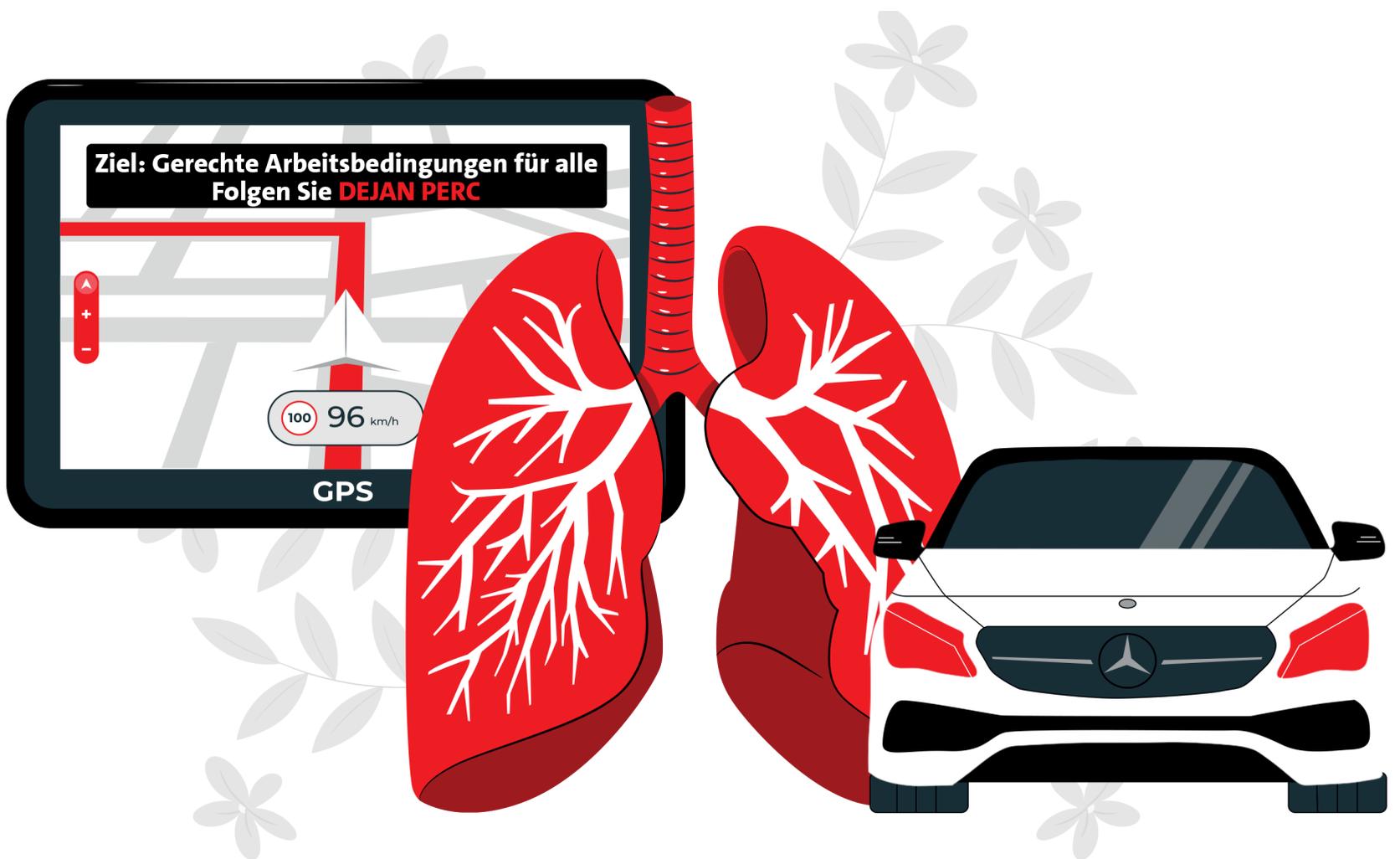
Waldheim Raichberg

Raichberg, Gewann 1 (Obere Neue Halde)

70186 Stuttgart

Telefon: 0711 46 68 83 · www.waldheim-raichberg.de





»WENN MERCEDES HUSTET, BEKOMMT DIE REGION STUTTGART EINE LUNGENENTZÜNDUNG«

Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel. Corona, der Klimawandel und die Digitalisierung sorgen auch in unserer Stuttgarter Industriemetropole für einen Umbruch. Gelegentlich ist hier in der Gegend der Spruch zu hören: »Wenn Mercedes hustet, bekommt die Region Stuttgart eine Lungenentzündung«. Er versinnbildlicht die große Abhängigkeit der Region von der Automobilwirtschaft.

Durch die vielen internationalen, gesellschaftlichen und ökologischen Veränderungen gerät die Branche zunehmend unter Druck. Auf der einen Seite hat der Konzern den Ruf eines sicheren und stabilen Arbeitgebers. Auf der anderen Seite gibt es aber weniger Festanstellungen und mehr befristete Verträge. Einerseits sprudeln Milliarden Gewinne, andererseits wird während der Corona-Pandemie Kurzarbeit angemeldet, was zu Lohnverzicht durch die Arbeitnehmer:innen führte. Dividenden werden ausgeschüttet, gleichzeitig werden die Tarifverhandlungen noch härter geführt. In diesem Spannungsfeld braucht es jemanden, der dafür sorgt, dass die Arbeitnehmer:innen nicht unter die Räder geraten.

Das beschriebene Lagebild ist kein Problem, das nur in Stuttgart existiert. Die gesamte Automobilwirtschaft ist mitten im Umbruch. Die Ursache erklärt sich mit der lange unbeantworteten Frage, welche Rolle das Auto mit Verbrennungsmotor in Zukunft noch spielen wird.

Damit wir auch noch morgen gute Arbeit haben, werde ich mich für die Sicherung unserer Arbeitsplätze einsetzen. Dabei muss der Wandel als Chance für neue nachhaltige Arbeitsplätze genutzt werden. Im Gespräch mit Michael Häberle, Betriebsratsvorsitzender des Mercedes-Benz-Werks Stuttgart-Untertürkheim, kommen wir beide zum Punkt: Es ist unentbehrlich, massiv in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Die SPD will durch Investitionsanreize und Förderprogramme die Mobilitätswende aktiv gestalten, damit die Automobilwirtschaft Leitindustrie bleibt und die Zukunft der vielen kleinen und mittelständischen Zulieferer mit ihren Arbeitsplätzen gesichert ist. Ziel ist die massive Elektrifizierung des Verkehrs. 2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren. Die Zukunft gehört den elektrischen Antrieben.

Klar ist aber auch, dass die staatliche Unterstützung keine Einbahnstraße sein kann und ausschließlich der Wirtschaft zugute kommt. Die Unternehmen müssen mehr Verantwortung gegenüber ihrer Belegschaft übernehmen.

Zum einen sind Weiterbildung und Qualifizierung essenziell, damit die Beschäftigten sich neue Tätigkeiten aneignen können. Zum anderen müssen Unternehmen stärker ausbilden, um gute Fachkräfte für die Zukunft

»Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, Verantwortung gegenüber ihrer Belegschaft zu übernehmen.«

Michael Häberle, Betriebsratsvorsitzender des Mercedes-Benz-Werks Stuttgart-Untertürkheim, im Live-Talk mit Dejan Perc

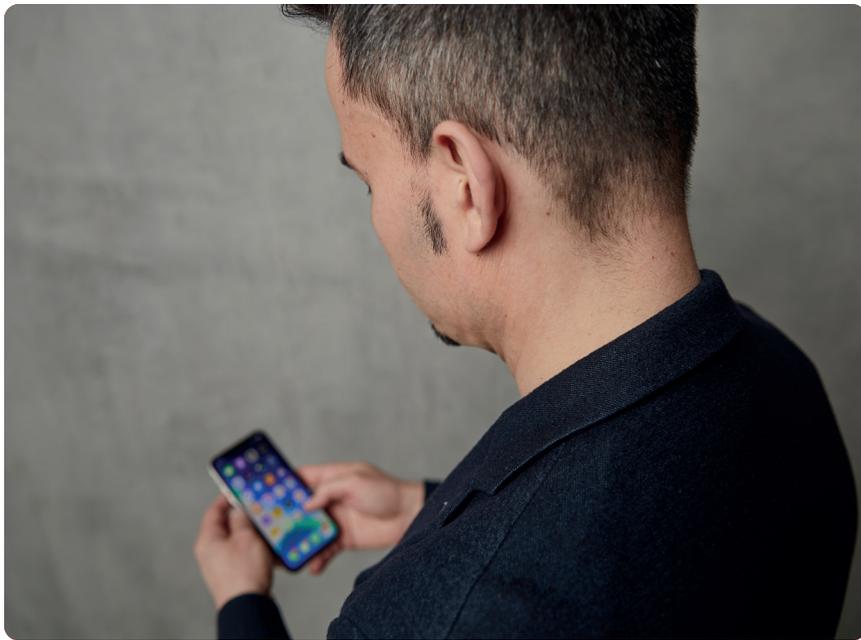
zu haben. Zuletzt darf eines nicht aus dem Blick geraten: Profite müssen gerecht verteilt werden. Gewinne ausschütten, wenn man im gleichen Jahr Kurzarbeitergeld vom Staat erhält, das geht nicht.

Viele Jobs in Stuttgart sind hervorragend bezahlt und zukunftsfähig. Aber das gilt nicht für alle Arbeitsplätze. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen für alle ein. Dies umfasst gerechte Löhne, einen Mindestlohn von 12 Euro oder auch den gleichen Lohn für Leiharbeiter:innen wie für Festangestellte. Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung muss zwingend vorgenommen werden, damit die Menschen Sicherheit für ihre individuelle Lebensplanung haben. Da Tarifverträge für Stabilität in der Wirtschaft, aber auch gute Arbeitsbedingungen sorgen, sollen sich möglichst viele Unternehmen an Tarifverträgen beteiligen. Dabei soll es vereinfacht werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

DEJAN PERC: DIGITALISIERUNG UND DEMOKRATIE

Unter Digitalisierung schien man in Deutschland lange ganz Unterschiedliches zu verstehen: Während die einen meinten, schon die Abschaffung des Faxgerätes sei Digitalisierung, waren andere händeringend auf der Suche nach einem Zugang zu Höchstleistungsrechnern. In Stuttgart kennen wir das Problem: Auf der einen Seite gibt es eine Verwaltung, die in vielen Punkten noch hinterherhinkt, und auf der anderen Seite steht hier einer der schnellsten Supercomputer der Welt. Die SPD und ich setzen uns dafür ein, dass der Staat verstärkt einfache, barrierefreie Online-Zugänge zu allen öffentlichen Dienstleistungen schafft. Damit es beispielsweise endlich möglich ist, online einen Termin bei öffentlichen Verwaltungen zu vereinbaren. Dabei wollen wir vor allem auf Open-Source-Lösungen setzen, damit die Software und die Daten, die dem Gemeinwohl dienen, auch der Gemeinschaft gehören. Open-Source-Lösungen sind Software, bei denen der Quellcode öffentlich einsehbar und änderbar ist und dem Nutzenden vollständig gehört.

Leider steckt nicht nur der Staat im letzten Jahrhundert fest. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie viel Aufholbedarf unsere Schulen haben. Es ist ein Skandal, dass manche Kinder dem Distanzunterricht nicht folgen konnten, weil sie daheim keinen eigenen Computer hatten. Oder dass Aufgaben auf dem Bildschirm eines Smartphones erledigt werden mussten. Oder dass Unterlagen nicht ausgedruckt werden konnten, weil daheim kein Drucker bereitstand. Die Liste ließe sich unendlich lange fortführen. Wir wollen allen Schüler:innen und Lehrkräften kostenlos ein angemessenes digitales Endgerät zur Verfügung stellen, damit der Lernerfolg nicht von der Leistung und Verfügbarkeit des Computers zuhause abhängt.



Ein digitaler Staat und bestausgestattete Schulen bringen wenig, wenn sie keinen Zugang zum Internet haben. Deshalb muss Deutschland zur Gigabit-Gesellschaft werden. Aber was bedeutet das konkret? Bis 2030 soll

jede Schule, jedes Unternehmen, jeder Haushalt mit mindestens einem Gigabit/s ins Internet kommen können. Wir haben in Stuttgart international tätige und oscarprämierte Unternehmen, die für ihre Arbeit keine ausreichende Datenanbindung haben. Gerade Stuttgart als Industriestandort braucht gutes Internet und den digitalen Fortschritt, damit hier auch weiterhin die Zukunft der Digitalwirtschaft und Mobilität entwickelt werden kann.

Deutschland soll 2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau verfügen, über eine vollständig und durchgängig digitalisierte Verwaltung und ein Bildungssystem, in dem für das Leben in einer digitalen Welt für eine starke und solidarische Gesellschaft gelernt werden kann. Die Selbstbestimmung und digitale Mündigkeit der Bürger:innen ist unser Leitbild, damit die Digitalisierung allen zugutekommen kann.

»Der Staat macht zu wenig gegen Verschwörungstheorien. Der Kampf gegen Verschwörungen, Fake-News und Hass im Netz ist Aufgabe aller Demokrat:innen.«

Pia Lamberty, Buchautorin und Expertin für Verschwörungstheorien, im Live-Talk mit Dejan Perc

In virtuellen Räumen entstehen neue Phänomene wie Cyber-Kriminalität, Hassreden oder Belästigungen. Hetze, nur weil sie digital auf z.B. Telegram oder WhatsApp stattfindet, ist und bleibt Hetze und muss genauso konsequent verfolgt werden wie ihre analogen Formen. Menschen säen Verschwörungstheorien und gefährden dabei die Demokratie. Wo Respekt fehlt, zerfällt unsere Gesellschaft. Hassreden im Internet zersetzen unsere Gesellschaft. Das ist der Nährboden für Rechtsextreme. Unsere Politik zielt darauf ab, den Respekt wiederherzustellen. Und die Demokratie ist wehrhaft.

Für den Schutz unserer Demokratie und die Sicherheit Einzelner benötigen wir auch im Netz ein konsequentes Vorgehen gegen Hasskriminalität, Betrug und andere Straftaten. Wir werden die nationalen Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch weiterentwickeln und setzen uns für verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene (Digital Service Act) ein. Dabei dürfen Freiheitsrechte nicht gegen Sicherheitsanforderungen ausgespielt werden und die Entwicklung neuer Technologien wie z.B. künstliche Intelligenz muss verfassungskonform sein. Wir kämpfen für eine kindersensible Justiz, die Kinder und Jugendliche auch im virtuellen Raum vor sexueller Belästigung und Gewalt schützt. In diesem Zusammenhang werden wir Entwicklungsräume und Bildungsangebote schaffen, die gezielt die Medienkompetenz der Schüler:innen und der Eltern fördern. Medienkompetenz ist vor allem eine Demokratiekompetenz.

WAHLKARTE VERLOREN? SO KANNST DU TROTZDEM WÄHLEN!



1. Wahlkarte verloren?
Kein Problem!



2. Finde online dein Wahllokal!
<https://service.stuttgart.de/lhs-services/wlf/>



3. Perso mitnehmen und wählen
Nimm deinen Personalausweis mit und gehe damit in dein Wahllokal!

KURZ GEFRAGT

1. Dein Lieblingsort in Stuttgart?

Das Teehaus. Fantastischer Ausblick und Ort unserer Hochzeit.

2. Was war dein Lieblingsfach in der Schule?

Deutsch und Gemeinschaftskunde.

3. Bester SPD-Moment?

Einführung der Ehe für alle, weil ich danach heiraten konnte.

4. Bier oder Wein?

Wein.

5. Erster Job?

Prospektausträger und Regaleinräumer im Supermarkt.

6. Nutella mit oder ohne Butter?

Ohne Butter, mit Butter gibt meine Fitness nicht her.

7. Nach langem Tag wie entspannen?

Serie schauen.

8. Morgen frei und unendlich viel Geld, was machst du?

Ans Meer fahren, tolle Musik hören und ein gutes Buch lesen.

9. Auf welchen Feiertag freust du dich am meisten?

Weihnachten – viel Zeit für die Familie und leckeres Zimtgebäck.

10. Dein Sport?

Laufen und Tanzen.

11. Wem im Bundestag würdest du nicht mal Hallo sagen, wenn du ihn/sie auf dem Gang treffen würdest?

Alice Weidel

12. Wenn du ein beliebiges Instrument spielen könntest, welches?

Klavier – elegant, vielseitig und schön.

13. Das letzte Mal als du so richtig gelacht hast?

Dank meiner kleinen Tochter mittlerweile fast täglich.

14. Nachteule oder Frühaufsteher?

Definitiv Frühaufsteher.

15. Was wolltest du als Kind werden?

Ein kluger Mensch.

DEJAN LIVE

Mein Podcast:

In meinem Podcast spreche ich über Politik, das Leben und mehr. Ich schaue auf die vergangenen Tage und Wochen und spreche über die Themen, die mir im Wahlkampf zur Bundestagswahl begegnen und mich bewegen. Was beschäftigt die Bürger:innen in Stuttgart? Wie läuft der Wahlkampf und zu welchen Themen gibt es Redebedarf?

Der Podcast heißt »So vielfältig wie Du« und ist überall zu hören, wo es Podcasts gibt, z.B. auf Spotify, Apple Music & Co.

Auswahl meiner Talks:

Auf Youtube.de (Dejan Perc) können Sie alle vergangenen und zukünftigen Talks in voller Länge anschauen.

- **Saskia Esken**, SPD-Parteivorsitzende
- **Kevin Kühnert**, Stv. Parteivorsitzender, *Zukunft mit SPD (Foto rechts)*
- **Prof. Michael Butter und Pia Lamberty**, *Verschwörungstheorien – Demokratie unter Druck*
- **Dr. Sabine Zimmer**, Aufsichtsrätin Daimler AG, *Transformation gestalten*
- **Michael Häberle**, Betriebsratsvorsitzender Daimler Untertürkheim, *Arbeit im Wandel (Foto links)*
- **Katrin Steinhülb-Joos**, Landtagsabgeordnete, *Gerechtigkeit im Bildungssystem*
- **Olaf Scholz**, Vize-Kanzler, *Zukunftsgespräch*
- **BürgerInnenrat Stuttgart**, *Braucht Stuttgart einen Klima-Bürger:innenrat?*
- **Alfonso Pantisano**, *Talk zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie*
- **Kai Burmeister**, Designer/DGB-Vorsitzender BW, *Arbeiten unter Corona*
- **Katarina Barley**, Vize-Präsidentin des EU-Parlaments (Foto mitte) und **Laura Halding-Hoppenheit**, Kommunalpolitikerin und LSBTTIQ-Aktivistin, *»Europa in der Krise?«*
- **Line Niedeggen**, Fridays for Future, *Umwelt- und Klimapolitik*
- **Susanne Kaiser**, Publizistin, *Politische Männlichkeit*
- **Tim Hülquist**, ifa, *Kulturpolitik und Außenbeziehungen*



Meine Telefonsprechstunde:

Wussten Sie, dass ich jeden Dienstag, 15 Uhr eine Telefonsprechstunde anbiete? Einfach anrufen: 0152 233 699 01

DEJAN PERC: »ES GEHT NICHT UM ZAHLEN, SONDERN UM GERECHTIGKEIT«

Die Corona-Pandemie führte neben den gesundheitlichen Folgen auch zu einer wirtschaftlichen Bedrohung für viele Menschen und Unternehmen. Auf Initiative und Druck der SPD wurden milliardenschwere Konjunktur- und Hilfsprogramme aufgelegt, um die ökonomischen, arbeitsmarkttechnischen und sozialen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Diese Konjunkturprogramme haben Arbeitsplätze und Existenzen gesichert, Massenentlassungen verhindert und zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen. Auch in Stuttgart hat die SPD durch eine kluge Finanz- und Investitionspolitik viele Arbeitsplätze in der Corona-Krise gerettet und damit sichergestellt, dass wir auch in Zukunft Autos, Maschinen und andere Waren aus Stuttgart in die ganze Welt exportieren können.

Corona hat aber auch gezeigt, dass der Markt nicht alles regeln kann und es stattdessen eines starken Staates bedarf, um Krisen zu bewältigen. Ich finde ungerecht, dass die Vermögen der Reichsten in Deutschland und auf der Welt trotz Corona stark gestiegen sind. So besitzen die reichsten 1% in Deutschland inzwischen genau so viel wie 75% der weniger Vermögenden. Zudem wird es für Familien und Personen, die einmal unter die Armutsgrenze gerutscht sind, immer schwerer, diese wieder zu verlassen. Daher ist für mich klar, dass die Profiteur:innen der Krise stärker an der finanziellen Folgenbewältigung beteiligt werden müssen.

Insgesamt muss unser Steuersystem gerechter werden. Deutschland ist schon jetzt eines der Länder mit der höchsten Vermögensungleichheit in Europa. Diese Ungleichheit wirkt sich auch negativ auf den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft aus. Daher muss für diejenigen, die besonders

viel verdienen, ein Aufschlag von drei Prozent auf die Einkommenssteuer gelten. Bei Verheirateten soll dieser Aufschlag für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 € im Jahr gelten, bei Ledigen oberhalb von 250.000 € im Jahr. Wer sehr viel Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.

»Die globale Mindeststeuer ist ein großer Schritt in Richtung Steuergerechtigkeit.«

Finanzexperte Lothar Binding, MdB, im Gespräch mit Dejan Perc

Globale Märkte fordern globale Antworten. Der Kampf für Steuergerechtigkeit macht dabei nicht vor Ländergrenzen halt. Stattdessen braucht es internationale Vereinbarungen und Kooperationen. Olaf Scholz und der SPD ist mit der Einführung einer globalen Mindeststeuer dabei ein großer Durchbruch gelungen. So werden Konzerne in Zukunft ihre Gewinne mit einem Mindestsatz versteuern müssen. Auch Google, Amazon, Facebook und Co.

Klar wird also, dass nur mit einer starken SPD in der Regierung unser Steuersystem insgesamt gerechter wird und dass die Folgen der Corona-Krise nicht auf schwächere Gruppen abgewälzt werden!

AUS RESPEKT

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart,

mit Ihrer Stimme kann in Deutschland etwas Neues beginnen – mit Mehrheiten jenseits von CDU/CSU! Ich will Ihr nächster Kanzler werden und bin überzeugt, dass gerade jetzt die SPD die Partei ist, die für Aufbruch und Modernisierung steht.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir in den vergangenen Jahren in der Regierung viel erreicht: die Abschaffung des Soli für fast alle, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, die Grundrente und ein weitreichendes Klimaschutzgesetz. Aber wir können noch viel mehr erreichen, denn vieles dauerte zu lang, vieles wurde von CDU/CSU blockiert.

Uns geht es um Respekt vor Arbeits- und Lebensleistungen. Wir erleben eine Zunahme unsicherer Arbeitsverträge und niedriger Löhne. Gerade deshalb brauchen wir einen Mindestlohn von 12 Euro, der zehn Millionen Angestellten eine Lohnerhöhung bringt – außerdem mehr Tarifbindung und starke Betriebsräte.

Es geht um einen Klimaschutz, der Arbeitsplätze sichert und neue schafft – und um eine zweite industrielle Revolution: 250 Jahre setzte unsere Industrie auf Kohle, Erdöl und Erdgas. Nun wollen wir innerhalb von knapp 25 Jahren auf Erneuerbare Energien umstellen, um klimaneutral zu wirtschaften. Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt der Investitionen in die Energieerzeugung, in moderne Verkehrskonzepte und in den Wohnungsbau.

Und es geht um ein starkes und souveränes Europa. Wie Krisenbewältigung gehen kann, das hat die Europäische Union mit ihrer gemeinsamen Antwort auf die Corona-Krise eindrucksvoll bewiesen. Anders als in der Finanzkrise ist Europa nicht auseinandergedriftet, sondern steht zusammen.

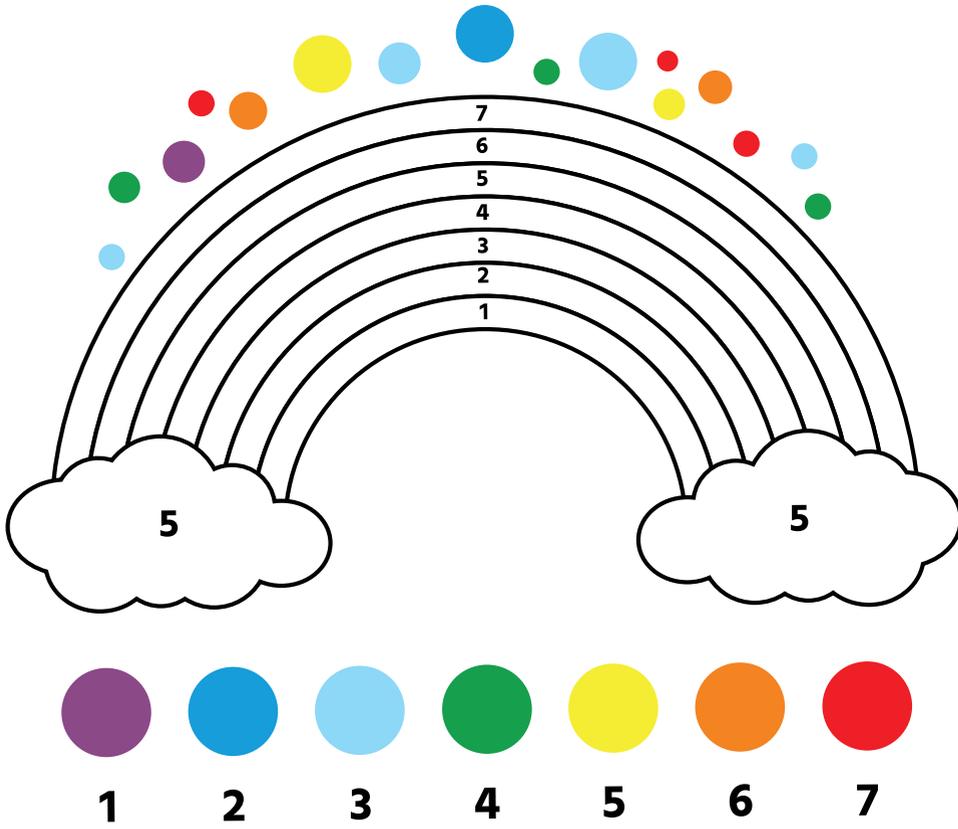
Es geht um unser Land. Meine Kanzlerkandidatur verbinde ich deshalb mit dem Versprechen, diese drei Themen kraftvoll anzupacken. Es braucht Erfahrung, Kompetenz und einen Plan, was dafür zu tun ist. Dafür stehe ich. Am 26. September entscheiden Sie, wer die Zukunftsregierung stellt, die unseren Wohlstand auch noch in 20 und 30 Jahren sichert. Die SPD und ich sind bereit, sie zu führen. Für Sie, für Ihre Kinder, für Deutschland.

Ihr
Olaf Scholz

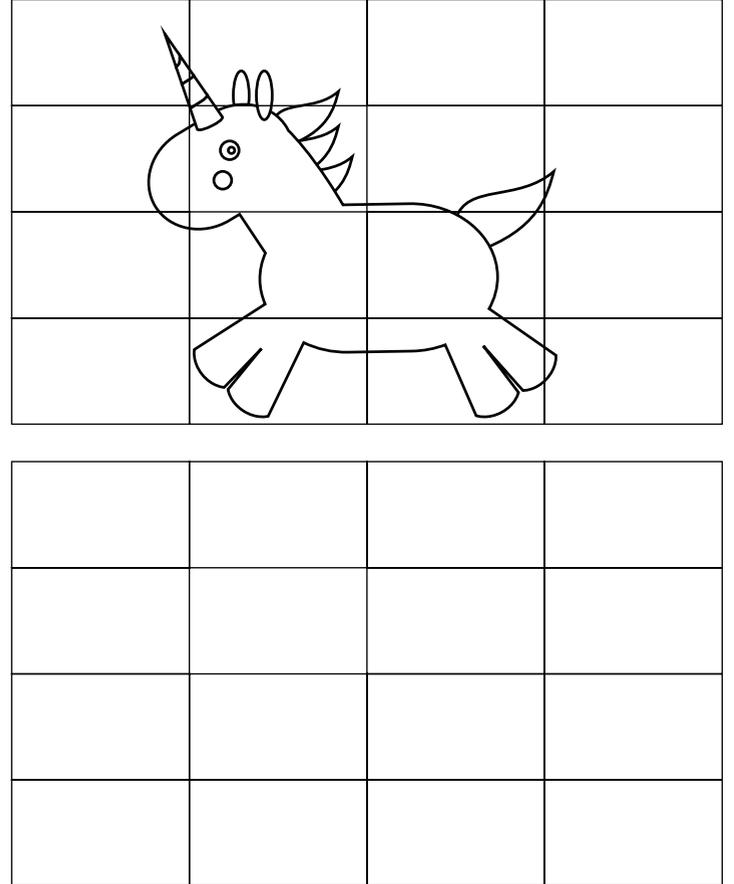


KINDERSPASS MIT DEJAN PERC

Malen nach Zahlen.



Zeichne dein eigenes Einhorn.



SO VIELFÄLTIG WIE DU



**Am 26.9.
SPD wählen!**
Erststimme Dejan Perc
Zweitstimme SPD

Impressum:
Dejan Perc, SPD Stuttgart,
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart,
Kontakt: info@dejan-perc.de

Druckerei:
Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Curt-Frenzel-Str. 2, 86167 Augsburg

Stellenweise sind Textbausteine aus dem Wahlprogramm verwendet worden.